

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

2. Dezember 1957

190/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Pfeiffer, Stendebach und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend die Wiedergutmachung der in Durchführung der NS-Gesetzgebung
rechtswidrigerweise zugefügten Schäden und Verluste.

-.-.-.-

Am 8.2.1956 haben wir an die Bundesregierung unter 443/J die parlamentarische Anfrage gerichtet: "Ist die Bundesregierung bereit, einen Gesetzentwurf im Nationalrat einzubringen, durch welchen bestimmt wird, daß der Bund für den Schaden haftet, der durch die unrichtige Anwendung der gegen ehemalige Nationalsozialisten gerichteten Ausnahmegesetze am Vermögen oder an der Person zugefügt wurde?"

Diese Anfrage ist bis jetzt unbeantwortet geblieben.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher unter Hinweis auf § 65 C der autonomen Geschäftsordnung des Nationalrates an die Bundesregierung die

Anfrage:

Ist die Bundesregierung bereit, unsere Anfrage 443/J vom 8.2.1956 zu beantworten?

-.-.-.-